

Eine Zeitreise

Zum Verständnis der Situation der orthodoxen Kirche in der Ukraine ist es hilfreich, zunächst einen Blick auf die seit den 1990er Jahren eingetretenen politischen Veränderungen in Russland zu werfen, denn die gegenwärtige kirchliche Situation in der Ukraine ist stark von ihr bestimmt.

1. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihre Folgen



Wladimir-Kathedrale in Kiew,
Matt Shalvatis auf flickr, CC BY-NC-SA 2.0

Der von Wladimir Putin am 24. Februar 2022 ausgelöste Überfall der «Streitkräfte der Russischen Föderation» auf das Nachbarland Ukraine und die von ihm vorgängig in einer Rede als gerecht und notwendig behaupteten Begründungen für die «speziellen Militäroperationen» – etwa die Abwehr nazistischer Umtriebe und die Verhütung von Völkermord – stehen in geschichtlich näheren und entfernteren Kontexten, in denen auch die orthodoxe Kirche dieser Länder stand und immer noch steht. Das entscheidende Ereignis der jüngeren Vergangenheit ist der

Zusammenbruch der Sowjetunion (UdSSR) in den Jahren 1989-1991. Putin hat dies 2005 als «die grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts» bezeichnet – eine Einschätzung, die man für sein Denken absolut ernst nehmen muss: Er sieht sie im Zusammenhang mit politischen Entwicklungen und Grenzbeziehungen, die entschlossen zu korrigieren sind. Davon zeugen die kriegerischen Auseinandersetzungen in Tschetschenien (mit der weitgehenden Zerstörung der Hauptstadt Grosny im Jahr 2000), in Georgien (2008) und im ostukrainischen «Donbass» (2014), sowie auch die Annexion der Krim (2014).

An die Stelle des einen sowjetischen Staates trat zunächst die Ende 1991 entstandene GUS, die «Gemeinschaft unabhängiger Staaten». Zu ihr gehörten die flächenmässig riesige Russische Föderation (mit Putin als heutigem Präsidenten, der Ende 1999 auf Boris Jelzin folgte), die osteuropäischen Staaten der Ukraine (bis 2014), Belarus (Weissrussland) und Moldova, sowie acht weitere frühere Sowjetrepubliken im Kaukasus (Armenien, zeitweise auch Georgien, Aserbeidschan) und in Zentralasien (Kasachstan u.a.).

Die GUS spielte freilich bald keine Rolle mehr, da ihre Staaten mit der Zeit neuen politischen Orientierungen folgten. Nicht zur GUS zählten die um dieselbe Zeit ebenfalls unabhängig gewordenen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die seit dem 18. Jh. meist unter russischer Herrschaft standen.

Eine weitere Ablösung von der Sowjetunion betrifft die Länder, die mit ihr durch den 1955 gegründeten sog. Warschauer Pakt, einem «Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand», der ein Gegenstück zum Nordatlantikpakt NATO bildete. Von ihnen gehören heute zur EU (wie auch die baltischen Staaten): Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn (alle seit 2004), Rumänien und Bulgarien (seit 2007); Albanien trat schon 1968 aus dem Warschauer Pakt aus. Mehrere dieser europäischen Länder sind zudem Teil der NATO.

Diese knappe Zusammenstellung territorialer und staatlicher Veränderungen im erwähnten Zeitraum macht vielleicht am einfachsten verständlich, warum das Regime Putin und weitere Kreise, die es bewusst oder fatalistisch unterstützen, im Ende der Sowjetunion eine katastrophale Entwicklung sehen. Dies betrifft nicht etwa das gescheiterte Programm der (kirchenfeindlichen) kommunistischen Ideologie, sondern den früheren Status eines Imperiums, einer Weltmacht, sei es in Gestalt der Sowjetunion oder besser noch des vorangegangenen Zarenreichs seit Peter dem Grossen (17./18. Jh.). Angesichts der wachsenden Attraktivität, die Werte wie Demokratie und Freiheit und damit verbundene zivilgesellschaftliche Äusserungsmöglichkeiten auf Bevölkerungsgruppen der früheren Sowjetunion ausüben, lässt sich leicht nachvollziehen, dass der Verlust von Macht und Grösse als tiefgehende zivilisatorische Kränkung empfunden wird.

2. Die Orthodoxe Kirche in der staatlich unabhängigen Ukraine

Vergleichbare Kategorien von Macht und Grösse, verbunden mit einer Angst vor Verlusten, scheinen nun auch im Spiel zu sein, wenn wir einen Blick darauf werfen, wie die Russische Orthodoxe Kirche, zumal das Moskauer Patriarchat, auf die kirchlichen Auswirkungen der neuen staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine reagiert hat.



Einweihung des Denkmals für den Hl. Wladimir den Grossen am 4.11.2016 in Moskau zum «Tag der nationalen Einheit». Am Rednerpult der Wl. Putin, hinter ihm (mit weisser Kopfbedeckung) der Patriarch von Moskau Kirill

In den frühen 1990er Jahren kam es in der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, die – mit einer gewissen inneren Autonomie – seit langem zum Patriarchat Moskau gehörte, zu einer Spaltung. Eine treibende Kraft war der 1990 vom Moskauer Patriarchen Alexij II. zum «Metropoliten von Kiew und der ganzen Ukraine» eingesetzte Filaret (Denysenko), der im Blick auf die neue politische Situation die von ihm geleitete Kirche als vom Moskauer Patriarchat unabhängig erklärte. Er verstand diese als Fortsetzung der im ausgehenden 9. Jh. in Kiew entstanden und vom Patriarchat Konstantinopel organisierten orthodoxen Kirche.

Das Moskauer Patriarchat verurteilte diesen Schritt und erklärte Filaret und seine Anhängerschaft zu Schismatikern und als ausserhalb des Heils stehend. Es setzte für die grosse Anzahl der weiterhin zu Moskau haltenden ukrainischen Bistümer einen neuen Primas, d.h. Erzbischof, ein. Die nunmehr zwei konkurrierenden Gemeinschaften mit gleichem Namen können durch die Hinzufügung «Moskauer Patriarchat» bzw.

«Kiewer Patriarchat» unterschieden werden (im Folgenden abgekürzt: UOK-MP und UOK-KP).

Daneben gab es drittens noch die kleine Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK), die 1921 in der kurzen Zeit einer politischen Unabhängigkeit der Ukraine vor ihrer Eingliederung in die Sowjetunion entstanden ist. Sie überlebte in der nordamerikanischen Diaspora und wurde in der Ukraine zuletzt 1990 reaktiviert. Sie war an der Entstehung der UOK-KP im Juni 1992 mitbeteiligt. Auch sie galt für das MP als schismatisch.

Unterschiedlich normierte geschichtliche Rückerinnerungen

Hinter diesen mit den Ortsnamen Kiew und Moskau verbundenen Kontroversen stehen zwei teils identische, teils unterschiedliche geschichtliche Narrative. Der gemeinsame Ausgangspunkt ist die sog. «Taufe Russlands» im Jahr 988, deren Tausendjahrfeier 1988 feierlich begangen wurde. Gemeint ist damit die Hinwendung des Rurikidenfürsten Wladimir des Grossen, der die Tochter des oströmischen Kaisers heiratete, zum Christentum und der von ihm angeordneten Taufe der Bevölkerung Kiews im Dnjepr. Die ersten Metropoliten der sog. «Kiewer Rus'», der alten Bezeichnung für das, welches dem späteren russischen Imperium vorausging, wurden vom Patriarchen von Konstantinopel geweiht.

Später verlagerte sich der Schwerpunkt der Kiewer Rus' in den Norden, zuerst nach Nowgorod, dann nach dem aufstrebenden Moskau, das sich damit staatlich und kirchlich als imperiales Erbe der «Kiewer Rus'» verstand. Diese einsträngige Sicht kommt eindrücklich zum Ausdruck mit der Errichtung der zwei mächtigen Denkmäler des Hl. Wladimir: 1853 in Kiew am Ufer des Dnjepr und vor allem 2016 in Moskau vor den Kremlmauern; die Einweihung nahm Putin mit dem ehemaligen prorussischen ukrainischen Staatspräsidenten Janukowitsch vor. In dieser Rückerinnerung bilden Grossrussen, Weissrussen und die – oft Kleinrussen genannten – Ukrainer ein untrennbares Brudervolk mit einer

gemeinsamen religiösen und politischen Vergangenheit.

Es gibt aber für die Ukraine noch eine andere, viel differenziertere historische Rückerinnerung, in der berücksichtigt wird, dass die Vorfahren der heutigen Ukrainer während Jahrhunderten in unterschiedlichen Staaten lebten. Genannt seien nur das Grossfürstentum Litauen, das Königreich Polen, das Kosaken-Hetmanat, das Russische und das Habsburger sowie das Osmanische Reich. 1922 gab es erstmals so etwas wie feste Grenzen der Ukraine, und zwar als Sowjetrepublik. All dies kann hier nicht näher ausgeführt werden, das Weitere betrifft die jüngsten Entwicklungen.

3. Neuere Entwicklungen

Im Zug der mit den Namen «Orangene Revolution» (2004) und «Euromaidan» (2013/14) verbundenen Bewegungen für eine verstärkte Ausrichtung einer eigenständigen Ukraine auf europäische Vorstellungen von Rechtsstaat und Demokratie kam – mitinitiiert durch die Staatspräsidenten Wiktor Juschtschenko (2005-2010) bzw. Petro Poroschenko (2014-2019) – auch die Kirche des «Ökumenischen Patriarchats» von Konstantinopel ins Spiel.

Vom Ökumenischen Patriarchen wurde erwartet, dass er ein Verfahren einleite, das eine vereinigte Orthodoxe Kirche der Ukraine zur Autokephalie führe, das heisst zur höchsten Stufe von kirchlicher Eigenständigkeit im Rahmen der synodalen Gemeinschaft aller orthodoxen Kirchen. Der griechische Ausdruck deutet an, dass die betreffende Kirche ihr Haupt selbst wählt, der als Erster unter Gleichen (nämlich Mitbischöfen) Patriarch, Erzbischof oder Metropolit genannt wird.



Auf der Vereinigungssynode am 15.12.2019 in der Sophienkathedrale von Kiew war auch der damalige ukrainische Staatspräsident Poroschenko (links im Bild) anwesend. Rechts Metropolit Filaret, in der Mitte der Vertreter des Ökumenischen Patriarchats, Metropolit Emmanuel (Adamakis). Bild: wikimedia, CC BY 4.0

Diese Erwartung hat mit folgenden geschichtlichen Ereignissen zu tun: a) im Jahr 330 errichtete Kaiser Konstantin der Grosse anstelle von Rom in der griechischen Stadt Byzantion am Bosphorus eine neue kaiserliche Residenz, die nach ihm benannt wurde; b) im Jahr 381 legte das 2. Ökumenische Konzil im Kanon 3 fest, dass der Bischof von Konstantinopel nach dem Bischof von Rom den zweiten Platz einnehme, mit der Begründung, Konstantinopel sei (als Kaiserstadt) das Neue Rom; c) im Zug einer weitgehenden Entfremdung zwischen östlichen («orthodoxen») und westlichen («katholischen») Kirchengebieten nahm der Bischof von Konstantinopel in der Liste der mittlerweile Patriarchate genannten angesehensten orthodoxen Kirchen den ersten Platz vor Alexandrien, Antiochien und Jerusalem ein; d) nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen (1453) wuchs dem dortigen Patriarchen eine besondere Stellung zu, weil er gegenüber dem Sultan in Istanbul für die gesamte christliche Bevölkerung des Reichs, die als eine einzige «Nation» (millet) betrachtet wurde, verantwortlich war.

Es sei noch ergänzt, dass der seit Ende des 6. Jh. nachweisbare Ausdruck «ökumenischer» Patriarch für den Bischof von Konstantinopel auf einen geographisch universalen Bereich seines Amtes (die «bewohnte» Welt) hinweist, nicht auf die heutige Ökumene im Dienst der Verständigung unter getrennten Konfessionen.

Was im Verlauf dieses Verfahrens vom Herbst 2018 bis in den Frühling 2019 alles geschah, kann hier aus Platzgründen nur verkürzt aufgezählt werden. Erwähnt sei die Einwilligung des Ökumenischen Patriarchats im Oktober, der orthodoxen Kirche in der Ukraine die Autokephalie, also einen vom MP unabhängigen Status, zu gewähren. Zugleich hat es die Kirchenstrafen des MP gegen die UOK-KP und ihren bisherigen Ersthierarchen Filaret aufgehoben. Am 15. Dezember beschlossen auf einer Vereinigungssynode in Kiew die UOK-KP, die UAOK und Teile der UOK-MP, sich zur «Orthodoxen Kirche der Ukraine» (OKU) zu vereinigen; zum Erzbischof mit dem Titel Metropolit von Kiew wurde Epifanij (Dumenko) gewählt; er galt als vertrauter bischöflicher Mitarbeiter von Filaret. [Bild 1] Am 6. Januar übergab der Ökumenische Patriarch Bartholomaios in Konstantinopel den sog. Tomos (Dekret) der Autokephalie an Metropolit Epifanij; hier wie schon vorher in Kiew war der ukrainische Staatspräsident Poroschenko anwesend. [Bild 2]

Dass dem ganzen Prozess bis heute kein durchschlagender Erfolg beschieden war, hat nicht nur mit den heftigen Anschuldigungen des Moskauer Patriarchats zu tun, die das Vorgehen des Ökumenischen Patriarchats als widerrechtliches Eindringen in sein «kanonisches» Territorium verurteilten und die Kirchengemeinschaft suspendierten, sondern auch mit widersprüchlichen Äusserungen und Verhaltensweisen Filarets betrafen. Eine besondere Rolle spielt zudem ein geschichtlicher Streitpunkt: Hat die orthodoxe Kirche des aufstrebenden moskowitischen Zarenreichs, die 1589 von Konstantinopel die Autokephalie erwirkte und somit den Status eines Patriarchats erhielt, im Jahr 1686 vom Ökumenischen Patriarchat auch die vollständige Kirchenhoheit über die orthodoxe

Kirche in Kiew und ihren Metropoliten erhalten? Oder ist diese letztlich beim Ökumenischen Patriarchen geblieben?



Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios unterzeichnet den «Tomos», in dem der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) die Autokephalie gewährt wird. Rechts hinter ihm Metropolit Epifanij. Bild: publicorthodoxy.org.

Das ganze Autokephalie-Verfahren im Blick auf die Ukraine hat zu unterschiedlichen Beurteilungen seitens der – bisher unbestritten 14 – autokephalen Kirchen geführt; einige haben zugestimmt, andere sich eines Urteils enthalten, wieder andere es rundweg abgelehnt. Zu den letzteren gehört die Orthodoxe Kirche von Serbien, die sich mit einer ähnlichen Situation wie das Moskauer Patriarchat in der Ukraine konfrontiert sieht: In den neu entstandenen Staaten Nordmazedonien (2001) und Montenegro (2006) gibt es je auch zwei konkurrierende orthodoxe Kirchen, von denen jeweils eine sich als vom Patriarchat Belgrad als unabhängig erklärt (1967 und 1993) und vom Ökumenischen Patriarchat die Gewährung der Autokephalie und damit eine gesamtorthodoxe Anerkennung erhofft.

Wie in der Ukraine unterscheiden sich diese konkurrierenden orthodoxen Kirchen nicht in der Lehre, der Liturgie und anderem traditionellen Brauchtum. Deshalb können

Bistümer und Gemeinden diesbezüglich ohne Probleme von der einen zur anderen Seite wechseln.

Das Thema «Autokephalie und ihre Proklamation» ist innerorthodox höchst umstritten. Drei kirchliche Größen spielen dabei eine Rolle:

- a) die sog. Mutterkirche, die eine ihr administrativ unterstellte Kirchenregion in die volle innere Eigenständigkeit entlassen will oder soll – dies oft deswegen, weil diese in einem anderen oder neuen staatlichen Territorium lebt;
- b) das Ökumenische Patriarchat, das im Rahmen weiterer Überlegungen zur Gestaltung der weltweiten orthodoxen Diaspora für eine gesamtorthodoxe Zustimmung besorgt ist und, wenn diese vorliegt, die Autokephalie offiziell in Kraft setzt («proklamiert»);
- c) die Synoden der bereits bestehenden autokephalen Kirchen, die aufgerufen sind, dem Anliegen und Verfahren zuzustimmen.

Dass eine Traktandierung der Thematik für das «Grosse und Heilige Konzil» auf Kreta im Jahr 2016 nicht zustande kam, kann nicht überraschen. Dies hat auch mit der ordnungs- und machtpolitischen Rivalität zwischen der Kirche des Ökumenischen Patriarchats und der Russischen Orthodoxen Kirche zu tun, die ihre eigene Geschichte hat. Dazu gehört z.B. die Prophetie eines russischen Mönchs (um 1510), dass nach dem Untergang des oströmischen Reichs (1453) Moskau das dritte Rom sei, nach welchem es bis zum Ende der Welt kein weiteres mehr geben werde. Folglich heisse der Herrscher von Moskau zu Recht Zar, d.h. Kaiser, und ihm komme die Aufgabe einer Schutzmacht zu für die orthodoxen Völker, die unter muslimischer oder sonstiger nichtchristlicher Herrschaft leben. Entsprechend solle der Moskauer Patriarch in der synodalen Gemeinschaft der autokephalen Kirche mit den entsprechenden Vorrechten der Erste sein.

Man kann in diesem Zusammenhang auch noch auf das heutige Wappen der Russischen Föderation verweisen, wo der oströmische Doppeladler die gekreuzten Symbole von

Hammer und Sichel leninistischer Herkunft abgelöst hat. Der Anspruch der russischen Orthodoxie auf besonderes Gehör kommt gelegentlich auch durch den Hinweis zum Ausdruck, dass sie rund die Hälfte aller Orthodoxen auf der Welt umfasse.

Vorläufiges Fazit

Für die Ukraine bleibt als vorläufiges Fazit, dass es nach wie vor zwei getrennte orthodoxe Kirchen gibt, die eine mit einer rechtlichen Anbindung an Moskau (UOK-MP), die andere mit einer an Konstantinopel (OUK). Die Ersthierarchen der beiden Kirchen wandten sich unmittelbar nach dem Beginn des Kriegs an die Öffentlichkeit. Dass Metropolit Epifanij von der OUK den russischen Überfall verurteilte, war zu erwarten. Bemerkenswert ist hingegen die Reaktion von Metropolit Onufrij (Beresowskij), der 2014 nach Tod seines Vorgängers zum Primas der UOK-MP gewählt wurde. Er forderte, es sei der Bruderkrieg zwischen dem ukrainischen und dem russischen

Volk unverzüglich zu beenden. Der Krieg zwischen beiden wiederhole die Sünde von Kain, der aus Neid seinen eigenen Bruder umbrachte. Dieser Krieg sei weder vor Gott noch vor den Menschen zu rechtfertigen. Seine Kirche verteidige die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine.

Auf eine vergleichbar klare Aussage des Patriarchen Kirill von Moskau wartet man seitdem vergeblich. Wie immer man das erklären und «verstehen» will, der vom russischen Präsidenten im Februar ausgelöste Krieg gegen die Ukraine stellt für den weltweiten innerorthodoxen Zusammenhalt und das damit verbundene gemeinsame Zeugnis für das Evangelium Christi eine gewaltige Herausforderung dar – auch mit Auswirkungen auf die christliche Ökumene. Wie weit sind wir entfernt von der Vision von «Europa als gemeinsamem Haus», die in der Endphase des orthodox-alkatholischen Dialogs von beiden Seiten begrüsst wurde!

*Em. Prof. Dr. Urs von Arx
Institut für Christkatholische Theologie
Universität Bern*

Mit der freundlichen Erlaubnis des Autors

© 2022 Christkatholische Kirche

Aus: <https://christkatholisch.ch/post/bistum-news/die-ukraine-und-ihre-orthodoxen-kirchen-heute/>
herunterladen am 20.5.2022